18, 05, 95

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 15. Februar 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Bundesrepublik Deutschland Der Bundeskanzler 031 (412) – 651 09 – Ka 75/95

Bonn, den 18. Mai 1995

An die Präsidentin des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 15. Februar 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Vorlage ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 684. Sitzung am 12. Mai 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz

zu dem Vertrag vom 15. Februar 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kiew am 15. Februar 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll und dem Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll sowie der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie gleichzeitig das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Угода між Федеративною Республікою Німеччина і Україною

про сприяння здійсненню і взаємний захист інвестицій

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Ukraine -

im folgenden "Vertragsparteien" genannt -

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die unternehmerische Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren --

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

- umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte:
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen materiellen oder Immateriellen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen solchen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill:
 - e) Rechte zur Ausübung einer Wirtschaftstätigkeit einschließlich der Rechte auf Aufsuchung, Aufschluß, Gewinnung oder Nutzung natürlicher Ressourcen, die sich auf Rechtsvorschriften gründen oder durch einen in Übereinstimmung mit solchen Rechtsvorschriften geschlossenen Vertrag eingeräumt worden sind.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

 bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte; Федеративна Республіка Німеччина

Україна,

. іменовані далі "Договірними Сторонами",

бажаючи поглибити економічне сцівробітництво між обома державами,

прагнучи створити сприятливі умови для інвестицій громадян або товариств однієї Договїрної Сторони на території іншої Договірної Сторони та

визнаючи, що сприяння здійсненню і договірний захист цих інвестицій можутъ стимулювати підприємницъку ініціативу і збільшити добробут обох народів,

домовились про наступне:

Стаття 1

Для цілей цієї Угоди:

- 1. Термін "інвестиції" означає всі види майнових цінностей, зокрема:
 - власність у вигляді рухомого і нерухомого майна, а також інші майнові права, такі як іпотечні та права застав:
 - б) право на часткову участь та інші форми участі в товариствах;
 - в) право вимоги щодо грошових коштів, які використовуються для створення матеріальних або нематеріальних цінностей або вимог щодо послуг, які мають таку цінність;
 - г) права інтелектуальної власності, такі як, зокрема, авторські права, патенти, базові моделі, промислові зразки і моделі, товарні знаки, фірмові назви, виробничі та комерційні таємниці, технології, "ноу-хау", "гудвілл";
 - д) у відповідності до законодавства або надані по контрактах, що укладені у відповідності до цього законодавства, права на здійснення господарської діяльності, включаючи права на розвідування, розробку, видобуток або експлуатацію природних ресурсів.

Зміна виду вкладання майнових цінностей не стосується їх властивостей як інвестицій.

 Термін "доходи" означає суми, одержані за визачений період у результаті інвестицій, такі як частки прибутку, дивіденди, проценти, ліцензійні та інші винагороди.

- 3. bezeichnet der Begriff "Staatsangehörige"
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

b) in bezug auf die Ukraine:

Staatsangehörige der Ukraine gemäß der Verfassung und den geltenden Rechtsvorschriften:

- 4. bezeichnet der Begriff "Gesellschaften"
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Ukraine:

Subjekte einer Wirtschaftstätigkeit mit oder ohne Rechtspersönlichkeit mit Sitz im Hoheitsgebiet der Ukraine gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

- (1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.
- (2) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- (3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

- (1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen und die gemäß Artikel 2 Absatz 2 entsprechend den im Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften zugelassen worden sind und getätigt werden, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.
- (2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten
- (3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.
- (4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsan-

- 3. Термін "громадяни" означає
 - а) по відношенню до федеративної Республіки Німеччина:
 - німців у відповідності до Основного закону федеративної Республіки Німеччина.
 - б) по відношенню до України:

громадян України у відповідності до Конституції та чинного законодавства України;

- 4. Термін "товариства" означає:
 - а) по відношенню до федеративної Республіки Німеччина:

кожну юридичну особу або кожне торговельне товариство, інші товариства або об'єднання з правом юридичної особи або без нього, з місцем розташування на території федеративної Республіки Німеччина, незважаючи на те, спрямована їх діяльність на одержання прибутку чи ні.

б) по відношенню до України:

суб'єкти господарської діяльності з правом юридичної особи або без нього з місцем розташування на території України, незважаючи на те, спрямована їх діяльність на одержання прибутку або ні:

Стаття 2

- 1. Кожна із Договірних Сторін по можливості буде сприяти інвестиціям громадян або товариств іншої Договірної Сторони і дозволяти ці інвестиції у відповідності до свого законодавства. Кожна Договірна Сторона буде справедливо поводитись з інвестиціями іншої Договірної Сторони.
- 2. інвестиції, здійснені громадянами або товариставами однієї Договірної Сторони у відповідності до законодавства іншої Договірної Сторони в межах його дії, повністю захищаються цією Угодою.
- 3. Жодна Договірна Сторона на своїй території ніяким чином не буде перешкоджати шляхом вжиття безпідставних або дискримінаційних заходів в управлінні чи розпорядженні інвестиціями громадян або товариств іншої Договірної Сторони, а також в їх застосуванні та використанні.

Стаття 3

- 1. Кожна із Договірних Сторін забезпечує на своїй території відносно інвестицій, що знаходяться у власності або під впливом громадян або товариств іншої Договірної Сторони і які дозволені та здійснюються відповідно до пункту 2 статті 2 цієї Угоди у відповідності до чинного законодавства Договірної Сторони, режим не менш сприятливий, ніж відносно інвестицій власних громадян і товариств чи громадян і товариств третіх країн.
- 2. Кожна із Договірних Сторін забезпечує на своїй території відносно громадян або товариств іншої Договірної Сторони у тому, що стосується їх діяльності у зв'язку з інвестиціями, режим не менш сприятливий, ніж відносно власних громадян і товариств чи громадян і товариств третіх країн.
- 3. Цей режим не розповсюджується на пільги або переваги, які одна Договірна Сторона надає громадянам або товариствам третіх країн у зв'язку з їх участю в митному або економічному союзі, спільному ринку або зоні вільної торгівлі або у зв'язку з їх асоціацією.
- 4. Режим, який надається відповідно до цієї Статті, не розповсюджується на пільги, які одна Договірна Сторона

gehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

nbarungen згоди про запобігання подвійному оподаткуванню або інших домовленостей з податкових питань.

Artikel 4

- (1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.
- (2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmä-Bigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.
- (3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferiarbar sein
- (4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Ver-

Стаття 4

надає громадянам або товариствам третіх країн на засаді

- 1. Інвестиції громадян або товариств однієї Договірної Сторони на території іншої Договірної Сторони користуються повним захистом і повною безпекою.
- 2. Інвестиції громадян або товариств однієї Договірної можуть підлягати примусовому вилученню, націоналізації або іншим заходам, аналогічним їм за своїми наслідками, на території іншої Договірної Сторони тільки в суспільних інтересах і з виплатою компенсації. Компенсація повинна бути адекватна вартості вилученої інвестиції, визначеної безпосередньо перед моментом, коли офіційно стало відомо про фактично здійснені заходи, або які мають відбутися щодо примусового вилучення, націоналізації чи інших з аналогічними наслідками. Компенсація повинна виплачуватися без затримки і до моменту її виплати на суму компенсації нараховуються банківські проценти у відповідності до діючої процентної ставки; вона повинна бути практично використовуваною і вільно перевідною. Не пізніше моменту здійснення примусового вилучення, націоналізації або заходів, аналогічних їм за своїм характером, повинні бути вжиті відповідні профілактичні заходи щодо визначення сум і порядку виплати компенсації. Повинна бути передбачена можливість розгляду у загальному судовому порядку правомірності здійснення примусового вилучення, націоналізації або заходів, аналогічних їм за своїм характером, а також розміру компенсації.
- 3. Громадянам або товариствам однієї Договірної Сторони, інвестиціям яких завдана шкода на території іншої Договірної Сторони внаслідок війни або інших озброєних зіткнень, революції, надзвичайного стану або заколоту, буде наданий цією Договірною Стороною режим не менш сприятливий відносно відшкодування збитків, відступних сум, компенсації або інших виплат, ніж для своїх громадян або товариств. Ці платежі повинні бути вільно перевідними.
- 4. Громадяни або товариства однієї Договірної Сторони на території іншої Договірної Сторони користуються режимом найбільшого сприяння відносно питань, що регулюються цією Статтею.

Стаття 5

Кожна з Договірних Сторін гарантує громадянам або товариствам іншої Договірної Сторони вільний переказ платежів у зв'язку з інвестиціями, зокрема:

- а) капіталу і додаткових сум для підтримки або збільшення обсягу інвестицій;
- б) доходів;
- в) виплати (повернення) позик;
- г) прибутку, що виник у зв'язку з повною або частковою ліквідацією або відчуженням інвестицій;
- д) компенсацій, передбачених у статті 4 цієї Угоди.

Стаття 6

Якщо одна із Договірних Сторін здійснює виплату сум своїм громадянам або товариствам на засаді гарантії інвестицій на території іншої Договірної Сторони, то ця Договірна Сторона, без завдання шкоди для прав першої Договірної Сторони, що випливають із статті 10 цієї Угоди визнаватиме на підставі закону або угоди передачу першій Договірній Стороні усіх прав або вимог цих громадян або товариств. Крім того, інша Договірна Сторона визнає вступ

tragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

- (1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.
- (2) Dieser Kurs darf nicht ungünstiger sein, als der Kurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

- (1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.
- (2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

- (1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.
- (2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.
- (3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.
- (4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vomehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsan-

першої Договірної Сторони у всі ці права і вимоги (права вимоги, що їй передані), які перша Договірна Сторона має право здійснити в тому ж обсязі, що і її попередник по праву. Щодо переказу платежів на основі переданих вимог застосовуються пункти 2 і 3 статті 4, а також стаття 5 цієї Угоди.

Стаття 7

- . 1. Перекази платежів, які вказані в пунктах 2 або 3 статті 4, а також у статтях 5 або 6, будуть здійснюватися терміново по курсу, що діє в даний момент.
- 2. Цей курс повинен бути не нижче крос-курсу, що випливає з тих розрахункових курсів, які Міжнародний валютний фонд взяв би за основу перерахунку відповідних валют у спеціальні права запозичення в момент здійснення платежів.

Стаття 8

- 1. Якщо із законодавства однієї Договірної Сторони або міжнародно-правових угод, що існують між Договірними Сторонами, разом з цією Угодою, або які будуть узгоджені в майбутньому, випливає загальне або спеціальне положення, відповідно до якого інвестиції громадян або товариств іншої Договірної Сторони користуються більш сприятливим режимом, ніж за цією Угодою, то таке положення буде мати перевагу перед положеннями цієї Угоди в тій частині, в якій воно більш сприятливе.
- 2. Кожна із Договірних Сторін буде дотримуватись інших зобов'язань, які вона прийняла на себе відносно до інвестицій громадян або товариств іншої Договірної Сторони на своїй території.

Стаття 9

Ця Угода діє також відносно інвестицій, які були здійснені громадянами або товариствами однієї Договірної Сторони у відповідності до законодавства іншої Договірної Сторони на її території ще до набуття чинності цієї Угоди.

Стаття 10

- 1. Суперечки між обома Договірними Сторонами про тлумачення або застосування цієї Угоди, по можливості, вирішуватимуться урядами обох Договірних Сторін.
- 2. Якщо суперечка не може бути врегульована таким шляхом, то за вимогою однієї із Договірних Сторін вона передається на вирішення до третейського суду.
- 3. Третейський суд створюється для кожного конкретного випадку, причому кожна Договірна Сторона призначає по одному члену третейського суду, і обидва члени третейського суду разом домовляються про кандидатуру громадянина третьої країни, як голови третейського суду, що призначається урядами обох Договірних Сторін. Члени третейського суду повинні бути призначені протягом двох місяців, Голова третейського суду трьох місяців з моменту, коли одна із Договірних Сторін повідомить іншу Договірну Сторону про свої наміри передати суперечку на вирішення третейського суду.
- 4. Якщо строки, вказані в пункті З цієї Статті, не будуть витримані, то при відсутності іншої домовленості кожна із Договірних Сторін може звернутися до голови Міжнародного суду в Гаазі з проханням здійснити необхідні призначення. Якщо голова має громадянство однієї із Договірних Сторін або інша причина заважає йому здійснити призначення, то їх здійснить його заступник. У тому випадку, коли і заступник голови має громадянство однієї із Договірних Сторін, або коли і він не в змозі здійснити їх, то призначення здійснює наступний за чином

gehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

- (5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.
- (6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend, vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

- (1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.
- (2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofem die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.
- (3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.
- (4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

член Міжнародного суду, який не має громадянства однієї із Договірних Сторін.

- 5. Третейський суд виносить своє рішення більшістю голосів. Це рішення має обов'язкову силу. Кожна із Договірних Сторін несе витрати, пов'язані з діяльністю призначеного нею члена третейського суду, а також за своє представництво в арбітражному процесі; витрати, пов'язані з діяльністю голови третейського суду, а також інші витрати Договірні Сторони несуть в рівних частках. Третейський суд може домовитись про інше врегулювання питання про витрати. З інших питань третейський суд визначає порядок своєї роботи самостійно.
- Якшо обидві Договірні Сторони є державами-сигнатаріями Конвенції про врегулювання суперечок між державами і громадянами інших держав відносно інвестицій від 18 березня 1965 р., то, враховуючи положення пункту 1 статті 27 даної Конвенції, неможливо звертатися до вказаного в цій статті третейського суду тому, що між громадянином або товариством однієї Договірної Сторони та іншою Договірною Стороною досягнута домовленість у відповідності до статті 25 Конвенції. Цим не заперечується можливість звернутися до зазначеного в цій статті третейського суду в разі недотримання рішення третейського суду, що діє у відповідності до вищезгаданої Конвенції (стаття 27), або у разі передачі прав на підставі закону або на засаді угоди відповідно до статті 6 цієї Угоди.

Стаття 11

- 1. Суперечки відносно інвестицій між однією Договірною Стороною і громадянином або товариством іншої Договірної Сторони по можливості повинні врегульовуватися сторонами доброзичливо.
- 2. Якщо суперечка не може бути врегульована протягом шести місяців з моменту заяви про неї однією із сторін у суперечці, то за вимогою громадянина або товариства іншої Договірної Сторони вона передається на вирішення третейського суду. Якщо сторони в суперечці не домовляються про іншу процедуру, то слід відповідно застосовувати пункти 3-5 статті 10 цієї Угоди таким чином, щоб призначення членів третейського суду здійснювалось сторонами у суперечці у відповідності до пункту 3 статті 10 цієї Угоди, і щоб кожна сторона в суперечці - у випадку недотримання строку, вказаного в пункті 3 статті 10 цієї Угоди і при відсутності іншої домовленості - могла просити голову арбітражного суду Міжнародної торговельної палати в Парижі здійснити необхідні призначення. Рішення третейського суду доводиться до виконання у відповідності з національним законодавством.
- 3. Під час третейського розбору або виконання рішення третейського суду Договірна Сторона, що бере участь у суперечці, не буде висувати як аргумент того, що громадянин або товариство іншої Договірної Сторони одержали часткову або повну компенсацію за заподіяну шкоду на засаді страхування.
- 4. Якщо обидві Договірні Сторони є також державамисигнатаріями Конвенції про урегулювання суперечок між державами і громадянами інших держав відносно інвестицій від 18 березня 1965 р., то згадані в цій статті суперечки між сторонами, які брали участь в них, розглядатимуться в третейському суді у відповідності до вищезгаданої Конвенції за винятком тих випадків, відносно яких сторони у суперечці домовляються про іншу процедуру; цим кожна Договірна Сторона дає свою згоду на такий порядок.

Стаття 12

Ця Угода діє незалежно від наявності між Договірними Сторонами дипломатичних або консульських відносин.

Artikel 13

- (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.
- (2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.
- (3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Kiew am 15. Februar 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Стаття 13

- 1. Ця Угода підлягає ратифікації; обмін ратифікаційними грамотами відбудеться якомога швидше у м. Бонні.
- 2. Ця Угода набуває чинності через один місяць після дати обміну ратифікаційними грамотами. Вона діятиме протягом десяти років; після закінчення цього терміну чинність Угоди продовжується на необмежений строк, якщо жодна з Договірних Сторін не заявить у письмовій формі за дванадцять місяців до закінчення її дії про денонсацію цієї Угоди. Після 10 років ця Угода може бути денонсована в будь-який час за дотримання терміну денонсації у дванадцять місяців.
- 3. Відносно інвестицій, здійснених до моменту припинення цієї Угоди, положення статей 1-12 будуть залишатися чинними протягом наступних двадцяти років з дня припинення дії Угоди.

Здійснено в м. Києві 15 лютого 1993 р. в двох примірниках, кожний німецькою та українською мовами, при цьому обидва тексти мають однакову силу.

Für die Bundesrepublik Deutschland За федеративну Республіку Німеччина Кіпке!

> Für die Ukraine За Україну Репzіпоv

Protokoll

Протокол

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.
- b) Jede Vertragspartei kann auf der Grundlage des Prinzips der Meistbegünstigung besondere Bedingungen für die Erteilung der Zulassung von Kapitalanlagen in durch Gesetzgebung bestimmten Wirtschaftsbereichen festlegen.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als "Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstofen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich

При підписанні Угоди між федеративною Республікою Німеччина і Україною про сприяння здійсненню і взаємний захист інвестицій нижчепідписані уповноважені також домовились про наступні положення, які є складовою частиною Угоди.

(1) До статті 1

- а) Прибутки від інвестицій, а також у випадку їх повторного вкладення прибутки від них, мають однаковий захист з інвестиціями.
- б) Без обмеження для інших процедур визначення громадянства громадянином однієї Договірної Сторони, зокрема, є будьяка особа, яка має національний паспорт, виданий компетентними органами відповідної Договірної Сторони.

(2) До статті 2

- а) Ця Угода діє також на території виключної економічної зони та над континентальним шельфом, наскільки Міжнародне право дозволяє відповідній Договірній Стороні виконання суверенних прав чи повноважень стосовно цих територій.
- б) Базуючись на принципах найбільшого сприяння, кожна із Договірних Сторін може встановлювати спеціальні умови надання дозволу на інвестиції в окремі сфери господарської діяльності, що визначені її законодавством.

(3) Достатті 3

- а) Термін "діяльність" щодо пункту 2 статті 3 цієї Угоди слід розглядати, зокрема, але не винятково як управління та розпорядження інвестиціями, а також як їх застосування та використання. Словосполучення "менш сприятливий" режим, що стосується статті 3 цієї Угоди, слід, зокрема, розглядати як обмеження у придбанні сировини та допоміжних матеріалів, енергії та палива, а також усіх видів засобів виробництва і оборотних коштів, перешкоди збуту продукції у державі та за її межами, а також інші заходи з аналогічними наслідками. Заходи, які здійснюються в інтересах громадської безпеки або громадського порядку, охорони здоров'я народу чи моральності не вважаються "менш сприятливим" режимом, що стосується статті 3 цієї Угоди.
- б) Положення статті 3 цієї Угоди не зобов'язують Договірні Сторони поширювати податкові пільги, звільнення та знижки, які надаються згідно з податковим законодавством тільки фізичним особам та товариствам з місцем проживання або знаходження на її території, фізичним особам або товариствам з місцем проживання чи знаходження на території іншої Договірної Сторони.
- в) у рамках національного законодавства Договірні Сторони будуть доброзичливо розглядати заявки на в'їзд та перебування осіб однієї Договірної Сторони, які збираються приїхати на територію іншої Договірної Сторони у зв'язку з інвестиціями, це положення поширюється також на працюючих однієї Договірної Сторони, котрі у зв'язку з інвестиціями збираються приїхати на територію іншої Договірної Сторони та

dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden in gerechter und billiger Weise geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als "unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

- (6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von
- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die für diese Kapitalanlage im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.
- (7) Mit dem Tage des Inkraftretens des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine außer Kraft.

Geschehen zu Kiew am 15. Februar 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

знаходитись там з метою виконання трудової діяльності. Справедливо і рівноправно розглядатимуться також заявки на видання дозволу на роботу.

(4) До статті 4

Право вимоги компенсації існує також і в тому випадку, коли держава своїми заходами втручається у підприємство, що є предметом інвестицій і тим самим заподіює суттєву економічну шкоду.

(5) Достатті 7

Переказ вважається виконаним "терміново" у відповідності до пункту 1 статті 7 цієї Угоди у тому випадку, якщо він виконується у межах тих строків, які при нормальних обставинах потребують для дотримання формальностей виконання переказу. Строк починається з моменту подання відповідного замовлення і ні в якому випадку не повинен перевищувати два місяці.

- (6) При перевезенні вантажів та осіб у зв'язку з інвестиціями ні одна з Договірних Сторін не буде забороняти чи перешкоджати транспортним підприємствам іншої Договірної Сторони здійснювати транспортні операції і буде, у міру необхідності,видавати дозвіл на виконання цих перевезень. Сюди належать перевезення:
- а) вантажу, який передбачено безпосередньо для інвестицій згідно з цією Угодою, або придбаного для даної інвестиції на території однієї з Договірних Сторін або третьої держави підприємством чи за дорученням підприємства, до якого вкладені майнові цінності згідно з цією Угодою;
- осіб, які знаходяться у відрядженні у зв'ку з інвестиціями.
- (7) З дня набуття чинності Угоди між федеративною Республікою Німеччина і Україною про сприяння здійсненню і взаємний захист інвестицій у відношеннях між федеративною Республікою Німеччина і Україною втрачає чинність Договір Союзу Радянських Соціалістичних Республік і федеративної Республіки Німеччини про сприяння і взаємний захист інвестицій від 13 червня 1989 року.

Здійснено у м. Києві 15 лютого 1993 р. в двох примірниках, кожний німецькою та українською мовами, при цьому обидва тексти мають однакову силу.

Für die Bundesrepublik Deutschland За федеративну Республіку Німеччина Kinkel

> Für die Ukraine За Україну Репzinov

Der Bundesminister des Auswärtigen

Kiew, den 15. Februar 1993

Кабінет міністрів України м. Київ 15 лютого 1993 р.

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 15. Februar 1993 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

"Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Ukraine, um die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Ukraine bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrags zu fördern, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an anwenden wird.

Diese Erklärung wird mit dem Ziel abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in der Ukraine schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags erwägen kann."

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

An den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine Пане Міністре,

маю честь повідомити Вас, що Уряд України, бажаючи сприяти інвестиціям громадян або товариств Федеративної Республіки Німеччина на території України, ще до набуття чинності Угоди між Україною і Федеративною Республікою Німеччина про сприяння здійсненню і взаємний захист інвестицій, застосуватиме цю Угоду, починаючи від дня її підписання.

Ця заява приймається з метою, щоб Уряд Федеративної Республіки Німеччина зміг зважити гарантування інвестицій в Україні ще до набуття чинності цією Угодою.

Прийміть, пане Міністре, запевнення у моїй високій повазі.

Віце-прем'єр-міністр, Міністр економіки України

Федеральному міністрові закордонних справ Федеративної Республіки Німеччина

Панові д-ру Клаусу Кінкелю

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der deutsch-ukrainische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag dient dem Ziel, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, indem er günstige Bedingungen für Kapitalanlagen schafft.

Die Förderung und der Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen sind nach Auffassung beider Seiten zudem geeignet, die Wirtschaftsreform in der Ukraine zu unterstützen. Durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen hat die Ukraine die Grundlage für ausländische Kapitalanlagen geschaffen. Der völkerrechtliche Vertrag gewährt den Kapitalanlagen darüber hinausgehend einen umfassenden und dauerhaften Rechtsschutz. Dadurch können deutsche Investitionen in der Ukraine zusätzlich stimuliert werden.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der deutsch-ukrainische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit anderen osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, CSFR) und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Usbekistan, Weißrußland) war.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Notenwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe "Kapitalanlage", "Erträge", "Staatsangehörige" und "Gesellschaften". Einbezogen werden alle Arten von Vermögenswerten, die von Investoren aus dem anderen Vertragsstaat angelegt werden, sowie die Erträge hieraus. In den Anwendungsbereich des Vertrags fallen neben deutschen und ukrainischen Staatsangehörigen alle juristischen Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften, Vereinigungen oder Organisationen, die ihren Sitz in Deutschland oder in der Ukraine haben.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Absatz 2 genießen Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgenommen worden sind, den vollen Schutz des Vertrags.

Gemäß Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Nach Protokollnummer 2 Buchstabe b können unter Wahrung der Meistbegünstigung besondere Bedingungen für die Zulassung von Kapitalanlagen in bestimmten Wirtschaftsbereichen festgelegt werden.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung gewährleistet den Enteignungsschutz sowie Entschädigung und ein ordentliches Rechtsverfahren bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital, Erträgen, Darlehensrückzahlungen und Liquidationserlösen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Nach Protokollnummer 5 darf dabei eine Frist von zwei Monaten nicht überschritten werden. Nach Absatz 2 darf der Wechselkurs nicht ungünstiger sein als der Kurs, der sich aus

der Umrechnung der jeweiligen Währung in Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds ergibt.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen diesem Vertrag vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Neben den bereits erwähnten Erläuterungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Nach Protokollnummer 7 tritt mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine außer Kraft.

Zum Notenwechsel

Mit dem Notenwechsel vom 15. Februar 1993 teilt die Ukraine mit, daß sie den Vertrag bereits mit der Unterzeichnung anwenden wird. Dies geschieht mit dem Ziel, daß die Bundesrepublik Deutschland bereits vor Inkrafttreten des Vertrages die Gewährung von Kapitalanlagegarantien erwägen wird.